

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal = Journal forestier suisse
Herausgeber: Schweizerischer Forstverein
Band: 121 (1970)
Heft: 1

Artikel: Die strukturelle Entwicklung in der Forstwirtschaft
Autor: Hasel, K.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-766892>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die strukturelle Entwicklung in der Forstwirtschaft¹

Von *K. Hasel*, Hann. Münden

Oxf. 64:9

(Professor für Forstwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen)

Die Strukturmerkmale der Forstwirtschaft sind teils statischer, teils dynamischer Art. Statische Strukturmerkmale sind jene, welche die grundsätzliche Wesensart der Forstwirtschaft anderen Wirtschaftszweigen gegenüber bestimmen. Sie sind, weil vorgegeben, zeitlos und unabänderlich oder nur in längeren Zeiträumen wandelbar.

Was die Forstwirtschaft gegenüber Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie am meisten unterscheidet, ist der Umstand, daß sie nicht nur Holzproduktionsbetrieb ist, sondern durch ihre Schutzfunktion zugleich wichtige Beiträge für Erhaltung, Schutz und Pflege eines gesunden menschlichen Lebensraumes zu leisten hat, dies jedenfalls in ungleich stärkerem Maß, als es bei der Landwirtschaft der Fall ist. Diese Doppelfunktion der Forstwirtschaft als Produktions- und als Dienstleistungsbetrieb ist in Deutschland in ihren wesentlichen Elementen schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts erkannt worden. Sie hat in den verschiedenen Landesforstgesetzen frühzeitig ihre den damaligen Bedürfnissen entsprechende Ausprägung erfahren. Seitdem weiß man, daß der Wald ein mit zahlreichen sozialen Verpflichtungen belasteter Wirtschaftsbetrieb ist. Eine starke soziale und rechtliche Bindung der Waldbesitzer gehört mit zum Wesen der Forstwirtschaft.

Vorgegeben und damit unabänderlich ist die starke Naturgebundenheit der Holzproduktion. Das langsame Wachstum des Waldes und seine Abhängigkeit von den biologischen Gesetzmäßigkeiten setzen einer Steigerung der Produktion und der Produktivität weit engere Grenzen als Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie. Die Holzproduktion kann wachsenden Kosten nur in begrenztem Umfang und nur in längeren Zeiträumen durch höhere Erzeugung und gesteigerte Produktivität entgegenwirken. Durch das Gelände, die Zusammensetzung der Waldbestände, die Größe und Dimension der Waldbäume und die Notwendigkeit pfeglicher Nutzung sind der Mechanisierung der Forstbetriebe, verglichen mit Landwirtschaft und Industrie, verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt. Die Holzproduktionsbetriebe arbeiten daher zwangsläufig im Verhältnis teurer und sind wirtschaftlich schwächer als andere Wirtschaftszweige.

Die Holzproduktion ist standortgebunden. Ihr sind im Vergleich zur Landwirtschaft in der Regel Böden geringerer Ertragsfähigkeit überlassen,

¹ Vortrag, gehalten im Rahmen der Tagung «Agrarstruktur und Landespflege», in Mainz am 6. November 1969.

häufig Hanglagen oder klimatisch benachteiligte Gebiete, fast immer ungünstige Verkehrs- und Absatzlagen. Auch das wirkt sich wirtschaftlich nachteilig aus.

Die Langfristigkeit der forstlichen Produktion, die in vielen Fällen ein Jahrhundert und mehr umfaßt, hat in Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie kein vergleichbares Gegenstück. Sie ist Ursache zahlreicher speziell forstwirtschaftlicher Probleme, welche andere Wirtschaftszweige nicht kennen. Aus ihr leitet sich die Forderung nachhaltiger Waldbewirtschaftung ab, also die Notwendigkeit, «den Wald so zu bewirtschaften, daß die Dauer, die Stetigkeit, das Gleichmaß und zugleich das Höchstmaß aller seiner Funktionen stets beibehalten werden» (Bonnemann). Nachhaltigkeit ist oberster Richtpunkt des gesellschaftlichen Interesses am Wald und der richtig verstandenen, das heißt nicht nur auf den Augenblick beschränkten Interessen seines Besitzers. Das Streben nach Nachhaltigkeit gibt der Forstwirtschaft eine Sonderstellung gegenüber allen andern Arten menschlicher Betätigung, die solche Rücksichtnahme nicht kennen; erst in jüngster Zeit hat sich die Landespfl ege ebenfalls den Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit zu eigen gemacht.

Die Länge der forstlichen Produktion macht kurzfristige Produktionsumstellungen auf Grund veränderten Bedarfes unmöglich und zwingt die Waldbesitzer, in oft beträchtlichem Umfang Erzeugnisse auf den Markt zu bringen, die nicht mehr den heutigen Zielvorstellungen entsprechen. Holzbedarfsprognosen über ein Jahrhundert hinweg sind ein Ding der Unmöglichkeit. Es ist nicht abzusehen, wie Holzmarkt und Holzbedarf gestaltet sein werden, wenn nach Ablauf von 100 Jahren die heute begründeten Bestände zur Ernte kommen. Diese natürliche Unsicherheit der Holzbedarfsentwicklung ist ein wichtiges Strukturmerkmal der Holzproduktion.

Es hängt weiter mit der Eigenart der organischen Produktion und des aus zahlreichen Baumarten zusammengesetzten mitteleuropäischen Waldes zusammen, daß bei der Nutzung der Bestände mehr oder weniger große Mengen geringwertiger Baumarten und Holzsortimente anfallen, die nicht Ziel der Wirtschaft sind, aber bei der Produktion höherwertiger Erzeugnisse in oft bedeutendem Umfang mitgenommen werden müssen, auch wenn sie keinen oder nur geringen Gewinn abwerfen. Dadurch wird die Wirtschaftlichkeit vieler Forstbetriebe ungünstig beeinfl ußt.

Ein wenig veränderliches Strukturmerkmal der deutschen Forstwirtschaft bildet der Umstand, daß – anders als in Landwirtschaft und Industrie – Waldbesitz von Ländern und öffentlich-rechtlichen Körperschaften den Hauptanteil unter den Waldbesitzarten einnimmt und privater Waldbesitz nur in schwächerem Umfang vorkommt. Das ist geschichtlich bedingt, anders als in Österreich und den nordischen Ländern, entspricht aber gut den Funktionen des Waldes für die Allgemeinheit. Ein hoher Anteil öffentlichen Waldbesitzes garantiert am ehesten die Erfüllung der dem Wald obliegenden Dienstleistungen.

Ein weiteres Strukturmerkmal der Forstwirtschaft ist, daß der Waldbesitzer selten allein von seinem Einkommen aus dem Walde lebt. Dies hat bei Ländern und Gemeinden sowie bei Großgrundbesitz in der Regel nur ergänzende Funktionen neben einer mehr oder weniger großen Zahl von Einkünften aus anderen Einkommensquellen. Das ist günstig für Erhaltung und Pflege des Waldes. Wo ein Grundbesitzer allein aus seinem Wald leben muß, ist es um den Wald in der Regel nicht gut bestellt. Es ist Aufgabe des Bauernwaldes, einen landwirtschaftlichen Betrieb auf meist ungünstigem Standort zu ergänzen, zu sichern und ihn krisenfest zu gestalten. Ob und inwieweit das möglich ist, hängt von Größe, Struktur und Leistungsfähigkeit des Waldbesitzes ab.

Ein weiteres Strukturmerkmal der Forstwirtschaft ist, daß die Verpachtung von Wald – im Gegensatz zur Landwirtschaft und zu Zeiten primitiver Waldnutzung – bei uns heute keine Bedeutung mehr hat. Die Arbeitsextraktivität der Forstwirtschaft läßt die Waldbewirtschaftung auch dann noch sinnvoll erscheinen, wenn der Besitzer den eigenen landwirtschaftlichen Betrieb aufgegeben hat. Dazu kommt die Schwierigkeit, Verstöße gegen das Gebot der Nachhaltigkeit und der Waldpflege sofort festzustellen und zu unterbinden.

Ähnlich wie in der Landwirtschaft weisen auch zahlreiche Forstbetriebe mehr oder weniger schwerwiegende Strukturängel auf, die vor allem durch die geschichtliche Entwicklung bedingt sind. Sie sind – eine Parallele zur Landwirtschaft – besonders stark beim Kleinprivatwald zu finden; doch auch die anderen Waldbesitzarten sind nicht ganz davon frei.

Der größte Strukturangel ist die geringe Besitzgröße zahlreicher privater Waldungen. Der Kleinprivatwald hat in Deutschland eine durchschnittliche Besitzgröße von 4 Hektaren, ist also von optimalen Verhältnissen weit entfernt und kann seine Ergänzungsfunktion innerhalb der bäuerlichen Betriebe deshalb nur sehr bedingt erfüllen. Die geringe Größe erschwert die sachkundige Bewirtschaftung und macht optimale Holzerzeugung unmöglich. Sie weist den Forstdienststellen der Länder und Landwirtschaftskammern wichtige Aufgaben der technischen Hilfeleistung und Beratung zu, mehr und stärker, als es in der Landwirtschaft notwendig ist. Dieser Strukturangel, Folge der früheren Aufteilungen gemeinschaftlicher Waldungen, ist in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung nicht mehr zu ändern. Man kann nur versuchen, die damit verbundenen Nachteile durch forstpolitische Hilfen (durch Waldumlegung, Bildung von Zusammenschlüssen und intensive Beratung) etwas abzuschwächen. Gegenüber der Landwirtschaft besteht der Unterschied, daß Verschiebungen der Besitzverhältnisse, das Verschwinden von Kleinbetrieben und eine Zunahme größerer Betriebe hier nicht zu beobachten sind. Der Waldbesitz bleibt erhalten, auch wenn der Besitzer in einen anderen Beruf überwechselt. Der Forstpolitiker sagt: Aus bäuerlichem Kleinprivatwald wird nichtbäuerlicher.

Weitere leistungshemmende Struktur­mängel sind – insbesondere beim Kleinprivatwald und in den Gebieten der Realteilung – die weitgehende Parzellierung der an sich schon kleinen Besitze oft über die ganze Gemar­kung hinweg und eine starke Fluktuation der Besitzverhältnisse als Folge der Realteilung. Wenn bei der Realteilung ein Waldstück in jeder Genera­tion seinen Besitzer wechselt, treten vordergründige Interessen an die Stelle eines in die Zukunft gerichteten Denkens und Handelns. Ferner in nicht wenigen Fällen ein außergewöhnlich hoher Anteil nichtbäuerlichen und ausmärkischen Waldbesitzes, also von Wald, der nicht mehr mit einem landwirtschaftlichen Betrieb in Verbindung steht (ein agrarpolitischer Nachteil), oder der nicht am Ort wohnenden Besitzern gehört, die selbst meist keine Landwirtschaft mehr treiben.

Struktur­mängel insbesondere des Kleinprivatwaldes sind ferner ein immer noch bedeutender, länder- und gebietsweise verschiedener Anteil geringwertiger Bestockungen (Niederwald, Brennholzwald), außerdem Un­gleichmäßigkeiten des Altersklassenaufbaus und das Fehlen nutz­baren Alt­holzes als Folge des Aufbaucharakters vieler Waldungen, sowie unzureichen­der Waldaufschluß, der Nutzung und Pflege erschwert und verteuert. Diese und andere Struktur­mängel des Kleinprivatwaldes sind zugleich Mängel der Agrarstruktur. Deshalb war es notwendig, in die Maßnahmen zur Verbeserung der Agrarstruktur den Wald einzubeziehen.

Folge dieser Struktur­mängel sowie in gewissem Umfang auch standort­licher Einflüsse ist das durchaus verschiedene Holzmarktgewicht der einzel­nen Waldbesitzarten. Geht man vom Holzeinschlag der Jahre 1961 bis 1965 aus, so wurden im Durchschnitt der Bundesrepublik eingeschlagen im

Staatswald	rd. 5 fm/ha
Körperschaftswald	rd. 4 fm/ha
Privatwald	rd. 3 fm/ha
insgesamt	rd. 4 fm/ha

Diese Unterschiede lassen erkennen, in welchem Umfang und in welcher Richtung eine Leistungssteigerung der Holzproduktion noch möglich ist.

Zu diesen mehr statischen Struktur­merkmalen tritt eine Anzahl aus­gesprochen dynamischer Elemente, bedingt durch die Auswirkungen der Industriegesellschaft, durch Bevölkerungswachstum, technischen Fortschritt, steigenden Wohlstand und zunehmende Gefährdung der natürlichen Lebens­grundlagen der Völker.

Die Waldfläche in Deutschland ist seit etwa hundert Jahren wieder im Zunehmen begriffen, als Folge vor allem der Neuaufforstung von Flächen, deren bisherige landwirtschaftliche Nutzung für ihre Besitzer nicht mehr wirtschaftlich ist. Diese Entwicklung wird aller Voraussicht nach weiter an­halten. Leider erfolgt die Waldflächenzunahme aber nicht dort, wo sie aus landespflegerischen Gründen, mit Rücksicht auf Erhaltung und Pflege eines

gesunden und nachhaltig leistungsfähigen menschlichen Lebensraumes besonders wichtig wäre, in den industriellen Ballungsgebieten mit hoher Besiedlungsdichte und geringem Waldvorkommen je Kopf der Bevölkerung, sondern in den Mittelgebirgen, wo bereits viel Wald vorhanden ist und durch weitere Aufforstung zwar die Rohstoffleistung erhöht wird, aber nicht die gleiche landespflegerische Wirkung zu erzielen ist wie in den Gebieten des Waldmangels. Auch wo keine Aufforstung vorgenommen wird, beobachtet man oft ein unaufhaltsames Vordringen des Waldes, wenn auf waldnahe gelegenen Flächen die bisherige Beweidung nachläßt oder eingestellt wird, sei es im Schwarzwald, in den Alpen oder in der Lüneburger Heide. Die Waldzunahme bewirkt hier eine mehr oder weniger weitgehende Änderung des überkommenen Landschaftsbildes; sie wird von vielen Naturfreunden mit Sorge beobachtet, weil sie die Erholungswirksamkeit der ihnen vertrauten Landschaft in Frage gestellt sehen. Daraus ergeben sich wichtige Aufgaben der Landes-, der Regional- und der Bauleitplanung.

Auch der Forstmann kann kein Interesse haben an Neuaufforstungen, die eine Landschaft von Grund auf und zu ihrem Nachteil verändern. Aber — das wird oft verkannt — er hat nur verhältnismäßig selten die Möglichkeit, dies zu verhindern. Die Entscheidung über die Nutzung seiner Grundstücke trifft der Besitzer; er läßt sich dabei in aller Regel, soweit er privater und bäuerlicher Besitzer ist, nur von betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, nicht von der Rücksicht auf die Landschaft leiten. Mit einem gesetzlichen Verbot der Neuaufforstung ist in vielen Fällen nichts zu erreichen, solange der Gesetzgeber sich nicht dazu entschließt, den Besitzer zu entschädigen für den Entzug der Verfügungsgewalt und für das Opfer, das er über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinaus der Allgemeinheit durch Beibehaltung einer minder einträglichen Nutzungsart bringt. Wird dieser Weg nicht beschritten, so fürchte ich, daß die Waldzunahme in vielen Gebieten unaufhaltsam weitergeht, und daß auch die Landes-, die Regional- und die Bauleitplanung nicht imstande sein werden, daran Wesentliches zu ändern.

Einen Ansatzpunkt für die Neuorientierung hatte die Bundesregierung selbst in ihrem Agrarprogramm von 1968 gegeben, in dem sie von Bewirtschaftungszuschüssen zur Erhaltung der Kulturlandschaft sprach und die Einrichtung von Erholungsgebieten und Naturparks empfahl. Ausdrücklich ist dort auf die außerwirtschaftlichen Aufgaben des Waldes und auf die Notwendigkeit hingewiesen, gesetzlich einen Ausgleich privater und öffentlicher Belange für Land- und Forstwirte herbeizuführen. Als es dann darum ging, den Art. 91a des Grundgesetzes (über die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern) dementsprechend zu gestalten, wollte man beim Bund davon nichts mehr wissen. Dieses Verhalten ist um so mehr zu bedauern, als die Länder, wie der Ergänzungsantrag des Bundesrates zum Regierungsentwurf des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgaben gezeigt hat, offensichtlich bereit waren, sich einem derartigen Vorgehen des Bundes anzuschließen und

auch ihrerseits Mittel für diese Zwecke bereitzustellen. Diese einmalige Gelegenheit wurde versäumt.

Auf der andern Seite ist der Wald in den stärker besiedelten und daher bereits jetzt meist weniger dicht bewaldeten, oft sogar waldarmen Gebieten zunehmend starken Beanspruchungen ausgesetzt für Schaffung von Wohn- und Industriegelände, für Verkehrsanlagen oder für militärische Zwecke. Dabei hat der stadtnahe Wald jetzt und erst recht in Zukunft unersetzliche Schutz- und Erholungsaufgaben zu erfüllen, die hier viel wichtiger sind, als seine rohstoffliche Leistung, ja diese nicht selten völlig zurücktreten lassen. Gesetzgebung, Verwaltung und Landesplanung müssen zusammenwirken, um die Erhaltung des Waldes in den Verdichtungsgebieten so weit sicherzustellen, daß er seine Aufgaben für die menschliche Gesellschaft jetzt und in Zukunft in dem notwendigen Umfang erfüllen kann.

Ein fundamentaler Unterschied zwischen Land- und Forstwirtschaft besteht darin, daß die Forstwirtschaft — anders als die Landwirtschaft — das Problem der Überproduktion nicht kennt; das gilt nicht allein für Deutschland, sondern für alle Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und weit darüber hinaus. Seit mehr als hundert Jahren kann Deutschland seinen Bedarf an Holz und Holzzeugnissen nicht mehr selbst decken, sondern ist in zunehmendem Maß auf Einfuhren angewiesen. Gegenwärtig wird etwa die Hälfte des Bedarfs an Holz und Holzzeugnissen eingeführt. Auch wenn man die künftige Entwicklung des Holzbedarfs vorsichtig beurteilt und unterstellt, daß dieser infolge Änderung der Bauweisen und Vordringens von Kunststoffen sich nicht parallel dem Wachstum der Bevölkerung und des Sozialprodukts entwickelt, wird aller Voraussicht nach schon auf Grund der Einfuhrabhängigkeit des deutschen Schnittholzmarkts einheimisches Stammholz guter Qualität, das Hauptzeugnis der deutschen Forstwirtschaft, auch künftig einen aufnahmebereiten Markt finden. Man rechnet weltweit sogar mit bedeutenden Versorgungsschwierigkeiten bei Schwachholz für die Zellstoff- und Papierindustrie. Insofern also werden die deutschen Waldbesitzer mit Absatzschwierigkeiten in Zukunft kaum zu rechnen haben.

Obwohl also die mitteleuropäische Forstwirtschaft keine Überproduktion zu befürchten und normalerweise auch keine Absatzsorgen hat, ist ihre Wirtschaftlichkeit jetzt und in Zukunft ernsthaft gefährdet durch das Preis-Kosten-Verhältnis. Es gehört mit zu den Strukturmerkmalen der Holzproduktion, daß sich der Holzpreis nicht als Kostenpreis bildet, sondern in erster Linie bestimmt ist von den Preisen, zu denen ausländisches Holz bei uns in der Bundesrepublik angeboten wird. Dieses stammt zum größten Teil aus Ländern, die ihre Waldungen exploitationsartig und mittels hochmechanisierter Ernteverfahren nutzen. In den riesigen, wenig besiedelten und besuchten Waldgebieten brauchen sie auf die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Bevölkerung und auf die Erholungswirksamkeit der Landschaft keine Rücksicht zu nehmen und haben (auch aus standorts-

bedingten Gründen) nur eine verhältnismäßig geringe Kostenbelastung. Die nordischen Kahlschlagnutzungsformen mit ihren bedeutenden Kostenvorteilen sind jedoch auf die mitteleuropäischen Mischwaldstandorte nicht übertragbar. Hier fordert die nicht wegzudenkende, für die Industriegesellschaft lebenswichtige Schutz- und Erholungsfunktion unserer Waldungen eine ganz andere, stark kostenbelastete Art der Waldbewirtschaftung, die auf den Großkahlschlag ganzer Berghänge und auf den Einsatz hochleistungsfähiger Kolonnen von Fällungs-, Entastungs- und Entrindungsmaschinen im Interesse der Landes- und Landschaftspflege verzichtet. Dadurch sind die mitteleuropäischen Holzproduktionsbetriebe den nord- und osteuropäischen gegenüber im Nachteil, die ihr Holz verhältnismäßig billig und doch mit Gewinn auf unseren Märkten anbieten können. Mit einer wesentlichen Erhöhung der Holzpreise ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, ganz abgesehen davon, daß dadurch nur den Konkurrenzstoffen des Holzes Auftrieb gegeben würde.

Auf der anderen Seite ist die Verflechtung der innerdeutschen Räume so weit fortgeschritten, daß die Waldbesitzer bei der Gestaltung der Waldarbeiterlöhne den Industrielöhnen folgen müssen, wenn sie sich die notwendigen Arbeitskräfte sichern wollen. Sie sind aber nur zu einem kleinen Teil in der Lage, den Auswirkungen von Kostenerhöhungen durch Maßnahmen der Rationalisierung und Mechanisierung zu begegnen und geraten so immer stärker unter den Einfluß der Preiskostenschere.

Selbstverständlich sind die Waldbesitzer bemüht, ihre Betriebe zu rationalisieren und zu mechanisieren und sich dadurch Kostenvorteile zu sichern. So konnte eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. Aber die Möglichkeiten der Rationalisierung und Mechanisierung der Forstbetriebe sind, wenn man nicht zum Großkahlschlag auf riesigen Flächen übergehen will, verhältnismäßig eng begrenzt. Alle diese Maßnahmen, die sich im gesamten Waldbesitz nur allmählich auswirken, werden jedoch überlaufen und unwirksam gemacht durch die Entwicklung von Löhnen und Gehältern; auf diese haben die Waldbesitzer keinen Einfluß. Infolgedessen sind die wirtschaftlichen Aussichten der Holzproduktion jetzt und mindestens für das nächste Jahrzehnt nicht günstig, wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten.

Gegenwärtig weist die Erfolgsrechnung der Staatsforstverwaltungen nur Verluste aus. Zahlreiche Körperschaftswaldungen befinden sich in derselben Lage. Verhältnismäßig günstig ist in vielen Gebieten noch die wirtschaftliche Lage des Kleinprivatwaldes, weil der Bauer in der Regel mit geringeren Betriebs- und Verwaltungskosten als der öffentliche Waldbesitz zu rechnen hat, zumal wenn die Waldarbeiten ganz oder teilweise vom Besitzer und seinen Familienarbeitskräften ausgeführt werden können. Im einzelnen gibt es große Unterschiede. Insgesamt ist die Neuaufforstung landwirtschaftlicher Grenzertragsböden in vielen Gebieten für den Bauern immer noch sinnvoll.

So hat sich also unter dem Einfluß der Industriegesellschaft das Gewicht der Einkommensfunktion des Waldes völlig verschoben. Sie hatte große Bedeutung, als im 19. Jahrhundert die Industrialisierung in Verbindung mit Technik und Verkehr einen gewaltigen Nutzholzbedarf auslöste und die zunächst noch bescheidenen Holzpreise anstiegen. Bald betrachtete man es als selbstverständlich, daß zum mindesten der größere Waldbesitz seinen Eigentümern laufendes und steigendes Einkommen bei geringen Kosten gewährte, das in den öffentlichen Haushalten eine wichtige Rolle spielte. Eine intensive Pflege des Waldes setzte ein. Die betriebswirtschaftliche Stellung des Bauernwaldes erfuhr eine gewaltige Stärkung. Jetzt ist die Einkommensfunktion des Waldes sehr geschwächt. Die Auswirkungen auf die öffentlichen und privaten Waldbesitzerhaushalte sind bedeutend und nicht selten für jene schockierend, die sich noch nicht von früheren Vorstellungen haben freimachen können. Sie führen zum Teil in Unkenntnis der Zusammenhänge zu völlig falschen Reaktionen der Politiker, wie die in einer Reihe von Ländern herrschende Hysterie der Planstellen-Aufhebungen erkennen läßt, die keinen Raum mehr läßt für die Übernahme der neu auf uns eindringenden Aufgaben der Landesplanung und Landespflege.

Aus dieser Entwicklung den Schluß zu ziehen, man möge den Wald sich selbst überlassen, Nutzung und Pflege einstellen und Holz nur noch aus dem Ausland beziehen, wäre grundfalsch. Der Waldwirtschaft wird nicht gerecht, wer sich darauf beruft, ihr Anteil am Sozialprodukt betrage nur 0,30%.

Es ist bezeichnend für die strukturelle Entwicklung der Forstwirtschaft, daß sich unter dem Einfluß der modernen Industriegesellschaft das Verhältnis zwischen Nutz- und Schutzfunktion des Waldes gegen früher entscheidend verschoben hat, und daß in diesem Jahrzehnt die Erholungsfunktion des Waldes als weiteres wichtiges Element unter den Waldfunktionen sich Geltung verschafft hat.

Im 19. Jahrhundert und bis zum Ende des letzten Krieges galten die Rohstoff- und Einkommensfunktionen des Waldes als die primären Aufgaben der Forstwirtschaft. Man war der Meinung, daß die Schutzfunktion des Waldes, sein günstiger Einfluß auf Klima und Luft, auf Lärm- und Strahlenschutz, auf Wasserhaushalt und Wasserversorgung, auf Bodenerhaltung und Bodenfruchtbarkeit, vom gepflegten Wirtschaftswald in optimaler Weise erfüllt wird, und daß die Schutzwirkung des Waldes gewissermaßen eine selbstverständliche Nebenfolge geordneter Waldbewirtschaftung ist, auf die besonders Rücksicht zu nehmen im allgemeinen nicht notwendig ist, und daß es selbstverständliche Pflicht des Waldbesitzers ist, die Schutzfunktion der Allgemeinheit ohne Gegenleistung zur Verfügung zu stellen.

Inzwischen hat man jedoch erkannt, daß in allen Industrienationen der Welt Gesundheit und Leistungsfähigkeit des menschlichen Lebensraums durch die Auswirkungen von Technik, Siedlung und Verkehr und zahlreiche andere Einflüsse in alarmierendem Maß gefährdet sind. Es ist Aufgabe der

Landespflege, die natürlichen Lebensgrundlagen der menschlichen Gesellschaft nachdrücklich und auf die Dauer sicherzustellen. Dazu kommt ein verstärktes Erholungsbedürfnis der gesundheitlich sehr in Anspruch genommenen Menschen in Freizeit und Urlaub. Die Schnelligkeit, mit der sich alle diese Entwicklungen vollziehen, macht es notwendig, sich nicht auf die Bedürfnisse des Tages zu beschränken, sondern die voraussichtliche Entwicklung bis zum Jahr 2000 ins Auge zu fassen.

In der modernen Industriegesellschaft kommen dem Wald auf Grund seiner großen Flächenausdehnung und der ihm eigenen Schutzwirkungen wichtige landespflegerische und volksgesundheitliche Aufgaben zu. Die Forstgesetzgebung muß die Landeskultur- und Erholungsfunktion des Waldes für alle Waldbesitzarten zeitgemäß fest verankern, erst recht, da feststeht, daß die landespflegerischen und volksgesundheitlichen Aufgaben des Waldes mit weiter zunehmender Besiedlungsdichte und Industrialisierung künftig noch erheblich größere Bedeutung erlangen werden als gegenwärtig. Eine Reihe von Landesforstverwaltungen hat dieser neuen Entwicklung durch weitreichende Vorschriften und Maßnahmen bereits Rechnung getragen und sich bewußt in den Dienst der Landespflege gestellt.

In der Industriegesellschaft von heute stehen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes grundsätzlich gleichwertig nebeneinander. Der Wald hat im Regelfall gleichzeitig alle diese Funktionen zu erfüllen. Es wäre also falsch zu sagen, daß angesichts dieser neuen Entwicklung die Rohstoff- und die Einkommensfunktion des Waldes keine Bedeutung mehr hätte. Die Wirtschaft kann auf die Rohstoffleistungen des Waldes nicht verzichten. Dieser kann seine Dienstleistungen der Allgemeinheit um so leichter zur Verfügung stellen, je größer der wirtschaftliche Gewinn des Waldbesitzers ist.

Daneben gibt es heute schon zahlreiche Flächen, Forstbetriebe, ja ganze große Landschaften, in denen die Rohstoff- und die Einkommensfunktion an Bedeutung zurücktreten oder gar jede Bedeutung verlieren gegenüber der Schutz- und Erholungsfunktion, die dann ausschlaggebend die Waldbewirtschaftung bestimmen. Musterbeispiele dieser Art sind die Waldungen im Industriegebiet an Rhein und Ruhr. Dazu gehören weiter — mit den verschiedenartigsten Abwandlungen — die zahlreichen Erholungswaldungen im Bereich besiedelter Gebiete, Wasserschutzwaldungen oder Waldungen an Steilhängen, die dem Erosionsschutz dienen, Klima- und Lärmschutzwaldungen oder Wald, der gegen Versandung, Bodenverwehung, gegen Bodenabrutschung, gegen Lawinen, Vermurung oder Steinschlag schützt. Diese Entwicklung hat ihren Höhepunkt bei weitem noch nicht erreicht.

Mit der bewußten Einbeziehung des Waldes in die landespflegerischen und volksgesundheitlichen Aufgaben hat sich unter dem Einfluß der modernen Industriegesellschaft ein entscheidender Wandel in der Rangfolge und Wertigkeit der Waldfunktionen vollzogen. Ergebnis dieser Entwicklung ist

eine neue Leitidee der Forstwirtschaft, bei der die Landespflege gleichwertig neben der Holzerzeugung steht. Es ist nunmehr Sache der Politik, daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Résumé

L'évolution des structures en économie forestière

Les structures caractéristiques de l'économie forestière sont : son étroite dépendance de la nature et des stations, la longueur de ses temps de production, la forte proportion de surface relevant du domaine public, et la fonction complémentaire attribuée dans une large mesure au revenu forestier. Elle possède, comme l'agriculture, de nombreux défauts de structure. Dans son ensemble et compte tenu des grandes différences locales, la surface forestière a tendance à s'agrandir. A la différence de l'agriculture, l'économie forestière ne connaît pas de problèmes de surproduction ; au contraire, on s'attend à l'avenir à des difficultés de ravitaillement en bois. De par sa structure, l'économie forestière n'a pas pu suivre la croissance industrielle. Avec des prix de vente à peu près stables et des dépenses en forte augmentation, son étroite liaison avec la production industrielle la place dans une situation qui diminue constamment ses chances de succès. Aussi les perspectives économiques de la production de bois sont-elles actuellement et dans un proche avenir peu favorables.

D'autre part, sous l'influence de la société industrielle moderne, le rapport entre la fonction de production et celle de protection de la forêt s'est modifié d'une façon déterminante par rapport au passé ; la fonction de délasserment constitue l'élément le plus récent des fonctions de la forêt. La forêt est à la fois une entreprise de production de bois et un service public. En général, elle doit satisfaire en même temps à des fonctions de production, de protection et de délasserment. Mais il y a de nombreux cas où sa fonction comme source de matière première et de rendements financiers est moins importante que sa fonction de protection et de délasserment, qui détermine alors dans une large mesure la forme de sa gestion. L'incorporation de la forêt aux besoins de l'esthétique du paysage et de la santé publique, sous l'influence de la société industrielle moderne, a provoqué une modification importante de l'ordre et de la valeur de ses fonctions. Le résultat de cette évolution est une nouvelle notion de l'économie forestière dans laquelle la protection et la formation du paysage sont aussi importantes que la production de bois. *Traduction : Farron*